

INTERGLOBAL

DER EUROPEAN GREEN DEAL UND AFRIKA:

„Die fossile Entwicklung überspringen“

Interview: Carl Melchers

Maximilian Högl arbeitet als Politikwissenschaftler am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik und forscht unter anderem zu internationaler Klimapolitik. Die woxx hat mit ihm über die Bedeutung des von der Europäischen Kommission vorgestellten „europäischen Grünen Deal“ für die afrikanischen Staaten gesprochen.

woxx: Warum ist der „europäische Grüne Deal“ für die Beziehungen zwischen der EU und Afrika von besonderer Bedeutung?

Maximilian Högl: Das hat verschiedene Gründe. Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat den „Grünen Deal“ zu ihrem neuen Aushängeschild gemacht. Europa kann das Ziel des Pariser Klimaabkommens von 1,5 oder maximal zwei Grad Erderwärmung allerdings nur erreichen, wenn starke Partnerschaften gebildet werden. Afrika ist in diesem Zusammenhang ein strategischer Partner.

Warum ausgerechnet Afrika?

Einerseits ist der Kontinent historisch nur für circa drei bis vier Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Andererseits können das rapide Bevölkerungswachstum, die Urbanisierung und die Industrialisierung dazu führen, dass, wenn Afrika sein Wirtschaftswachstum auf fossilen Energi-

en aufbaut, der Kontinent insgesamt einen ähnlichen CO₂-Verbrauch entwickeln wird wie beispielsweise heute Indien oder China. Das heißt, Europa hat ein Interesse daran, dass afrikanische Länder schon jetzt die Weichen für eine nachhaltige und grüne Entwicklung stellen. Nun zur afrikanischen Perspektive: Auf dem Kontinent leben mehr als 600 Millionen Menschen, die keinen Zugang zu Strom haben. Dadurch verliert der Kontinent etwa zwei bis vier Prozent pro Jahr an Wirtschaftswachstum. Andererseits gibt es auf dem Kontinent ein riesiges Potenzial für erneuerbare Energien. Die Produktivität von Solarenergie etwa ist dort manchen Einschätzungen zufolge doppelt so hoch wie in Mitteleuropa. Durch Solarenergie könnten unter anderem entlegene Gemeinden dezentral mit Strom versorgt oder zusätzliche landwirtschaftliche Bewässerungsflächen geschaffen werden.

Und wie kann das realisiert werden?

Es fehlt derzeit an Investitionen, gerade auch aus dem Privatsektor. Darüber hinaus haben viele afrikanische Länder geringe institutionelle und finanzielle Kapazitäten, um sich an die Folgen des Klimawandels anzupassen.

Wie verhalten sich die Interessen der Staaten der Afrikanischen Union zu denen der EU-Staaten?

Konflikte gab es häufig bei der Frage nach der richtigen Aufschlüsselung von Geldern der internationalen Finanzierung, insbesondere dazu, wie viel Geld für Klimawandelminderung („mitigation“) und wie viel für Klimawandelanpassung („adaptation“) bereitgestellt werden soll. Afrikanische Länder argumentieren zu Recht, dass sie am wenigsten zum Problem des Klimawandels beigetragen haben, gleichzeitig aber am stärksten von den Auswirkungen betroffen sind. Dementsprechend fordern sie vor allem Mittel für die Klimawandelanpassung, um die negativen Auswirkungen zu reduzieren. Der EU hingegen geht es primär um internationalen Klimaschutz und die globale Reduzierung von CO₂-Emissionen. Das hat häufig zu Debatten geführt. Darüber hinaus ist man auf beiden Kontinenten relativ ambitioniert, was die Klimapolitik angeht. Es gibt zwar eine Handvoll afrikanischer Länder, die Erdöl exportieren, wie Südafrika, Nigeria oder Angola, die zum Teil eine etwas andere Position vertreten. Aber die meisten Länder wie Burkina Faso, Tschad oder Madagaskar sind stark bedroht von den Auswirkungen des Klimawandels. EU-Länder und afrikanische Länder haben bei den Verhandlungen zum Pariser Klimaabkommen gemeinsam für das 1,5-Grad-Ziel plädiert, innerhalb der sogenannten „high ambition coalition“. Das war ein Ergebnis der Interessenkonvergenz dieser Länder.

Afrika ist als Kontinent von Armut und zudem eher agrarisch geprägt. Wie stehen in den afrikanischen Ländern derzeit die Chancen, als Partner aufzutreten?

Es besteht die Möglichkeit, dass manche afrikanische Länder gewissermaßen die auf fossilen Brennstoffen basierende Stufe der Entwicklung überspringen und direkt zu den nachhaltigen Wirtschaftsformen finden könnten.

„Es gibt Debatten darüber, ob und inwieweit afrikanische Länder zum Exporteur von erneuerbaren Energien werden können.“

Das hieße, die betroffenen afrikanischen Staaten wären erneut auf Technologie aus Europa angewiesen. Windmühlen und Solaranlagen werden nach wie vor in den Industrieländern produziert, nicht in Afrika.

Der sogenannte Technologietransfer ist tatsächlich ein wichtiger Aspekt, der immer wieder in internationalen Klimaverhandlungen auftaucht. Ich würde sagen, die technologische Abhängigkeit besteht sowohl bei den

„Auf dem Kontinent leben mehr als 600 Millionen Menschen, die keinen Zugang zu Strom haben“, sagt der Politikwissenschaftler Maximilian Högl. Unser Bild zeigt eine einfache Solaranlage zur Aufladung von Autobatterien in Liberia. Strom ist in dem westafrikanischen Land sehr teuer, darüber hinaus ist das Verteilungsnetz schlecht ausgebaut.

FOTO: EPA/AHMED JALLANZO



fossilen Energien, bei den Kohlekraftwerken, als auch bei den erneuerbaren Energien. Aber es ist natürlich wichtig und richtig, dass afrikanische Länder Zugang zu diesen Technologien erhalten. Die beste Lösung wäre, dass durch Bildung, Innovation und Wissensnetzwerke afrikanische Länder selbständig in die Lage versetzt werden, solche Technologien herzustellen.

Welche Bedeutung haben die Handelsbeziehungen zwischen der EU und den afrikanischen Ländern?

Das ist eine zentrale Frage. Eine Maßnahme, die in Brüssel gerade viel diskutiert wird, ist die Einführung eines sogenannten „Carbon Border Adjustment Mechanism“, eines Grenzausgleichsmechanismus für CO₂-Emissionen. Damit soll sichergestellt werden, dass europäische Produkte, die aufgrund höherer Klimaauflagen teurer produziert werden, weiterhin mit außerhalb der EU hergestellten Produkten konkurrieren können. Eine Variante wäre beispielsweise ein Importzoll, der entsprechend der CO₂-Intensität von Produkten erhoben werden soll. Das hätte Auswirkungen auf afrikanische Länder. Manche afrikanischen Länder gewinnen mehr als 80 Prozent ihrer Exporterlöse durch den Export fossiler Energieträger. Grüne Transformationen erfordern hier eine Umstellung, aber die am wenig-

sten entwickelten Länder sollten von einem derartigen Mechanismus ausgenommen werden. Darüber hinaus sollte der Erlös aus dem Mechanismus dann dazu verwendet werden, um Entwicklungs- und Schwellenländer dabei zu unterstützen, ihre CO₂-Emissionen zu senken. Das wäre eine faire Maßnahme. Dadurch, dass die EU sich auf Nachhaltigkeit und Klimaneutralität einstellt, verändern sich die Handelsbeziehungen ohnehin. Die Nachfrage nach gewissen Rohstoffen in Schlüsselsektoren wird steigen. Außerdem müssen die EU-Staaten auf erneuerbare Energie umsteigen, wenn die EU ihre Ziele erreichen soll. Gegenwärtig importiert die EU mehr als die Hälfte ihrer Energie aus dem Ausland, das meiste aus Russland in Form von fossilen Energieträgern. Momentan gibt es Debatten darüber, ob und inwieweit afrikanische Länder zum Exporteur von erneuerbaren Energien werden können.

Aber Sie sagten doch vorhin, diesen Ländern gingen derzeit durch fehlende Energieversorgung Entwicklungsmöglichkeiten verloren.

Deswegen ist das eine heikle Frage. Es gibt technologische Entwicklungen im Bereich grüner Wasserstoff, das wird in Brüssel heiß diskutiert. Als „grünen Wasserstoff“ bezeichnet man Wasserstoff, der durch erneuerbare Energien erzeugt wird. Das ist ener-

gieintensiv. Bestimmte Industriezweige wie die Stahlproduktion, die heutzutage mit fossiler Energie betrieben wird, könnten dann mit Wasserstoff funktionieren. Aus moralischer Sicht sollte aber der Ausbau der Stromversorgung innerhalb der afrikanischen Länder im Vordergrund stehen. Grüne Energieexporte sollten die längerfristige Perspektive sein und es muss klar sein, welchen Nutzen die afrikanischen Länder davon haben.

Derzeit exportieren die EU-Länder nicht zuletzt ihren Müll nach Afrika. Was soll den Plänen zufolge daraus werden?

Die EU exportiert ihren Müll immer noch in Entwicklungsländer. Lange Zeit war China ein Abnehmer von Plastikmüll, hat aber dann ein Importverbot darauf ausgesprochen. Dann ist man auf andere Länder in der Region ausgewichen, die später zum Teil ebenfalls Verbote erlassen haben. Dadurch wuchs der Druck auf die EU, einen verantwortungsvollen Umgang mit ihrem Müll zu finden. Die EU-Kommission hat jetzt einen Kreislaufwirtschaftsplan vorgestellt. Plastikmüll müsste auf jeden Fall auf dem europäischen Kontinent recycelt werden. Ein bisschen anders sieht es mit europäischem Elektroschrott aus, von dem einiges auf dem afrikanischen Kontinent landet. Ein Teil dieser Produkte kann tatsächlich weiterver-

wendet werden und lokal zur Wertschöpfung beitragen. Aber ein großer Teil eben nicht. Momentan wird dieser Müll auf für Mensch und Umwelt höchst schädliche Weise verbrannt, zumeist von der lokalen Bevölkerung. Da herrschen verheerende Zustände. Hier wäre die Aufgabe der EU, für die notwendigen Recyclinganlagen zu sorgen, die ein Mindestmaß an Sozial- und Umweltstandards bei der Weiterverarbeitung garantieren.

Wie gut ist die afrikanische Landwirtschaft auf den Klimawandel vorbereitet?

Etwa 60 Prozent der Afrikaner verdienen derzeit ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft. Darüber hinaus ist die enorm wichtig für die Ernährungssicherheit. Zuletzt haben Unterernährung und Hunger auf dem Kontinent wieder zugenommen. Derzeit leiden etwa 250 Millionen Menschen in Afrika an Unterernährung oder Hunger, das entspricht etwa 20 Prozent der Bevölkerung. Schon deshalb muss in diesen Bereich investiert werden. Angesichts des Klimawandels muss die Landwirtschaft an dessen Herausforderungen angepasst werden.